Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ortsgemeinderates der Ortsgemeinde Ormont

Sitzungstermin: 07.11.2022
Sitzungsbeginn: 19:01 Uhr
Sitzungsende: 21:00 Uhr
Ort, Raum: Ormont, im Bürgerhaus

ANWESENHEIT:

Vorsitz

Herr Andreas Maus Ortsbürgermeister

Mitglieder

Herr Johann Carls

Herr Cornelius Dahm 3. Beigeordneter

Herr Marcel Hansen

Herr Michael Klein

Herr Gerhard Meier

Frau Elisabeth Nosbers

Herr Michael Schmitz 1. Beigeordneter

Frau Monika Seifen 2. Beigeordnete

Verwaltung

Herr Johannes Dahm Protokollführung

Frau Silke Ramacher FB 2 Bauen und Umwelt bis TOP 06

Gäste

Frau Anna Hahn bis TOP 04

Die Mitglieder des Ortsgemeinderates waren durch Einladung vom 31.10.2022 auf Montag, den 07.11.2022 unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen. Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gemacht. Gegen die ordnungsgemäße Einberufung werden keine Einwendungen erhoben. Der Ortsgemeinderat ist beschlussfähig.

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

1. Niederschrift der letzten Sitzung
2. Einwohnerfragen
3. Forstwirtschaftsplan der Ortsgemeinde Ormont 2023 - Beratung und Beschlussfassung
4. Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge - Beschluss der Ausbaubeitragsatzung
5. Informationen des Ortsbürgermeisters
6. Anfragen / Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

7. Niederschrift der letzten Sitzung
8. Informationen des Ortsbürgermeisters
9. Anfragen / Verschiedenes

Zur Tagesordnung wurden keine Einwendungen erhoben bzw. Ergänzungen, Änderungen und Dringlichkeitsanträge eingebracht.

Protokoll:

TOP 1: Niederschrift der letzten Sitzung

Sachverhalt:

Die Bestätigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 12.09.2022 wird auf die anstehende Sitzung am 12.12.2022 verschoben, da Ratsmitglied Frau Monika Seifen keine Niederschrift erhalten hat.

TOP 2: Einwohnerfragen

Sachverhalt:

Es wurden keine Einwohnerfragen gestellt.

TOP 3: Forstwirtschaftsplan der Ortsgemeinde Ormont 2023 - Beratung und Beschlussfassung Vorlage: 1-4395/22/28-201

Sachverhalt:

Die Vertreter der Forstverwaltung stellen dem Ortsgemeinderat Ormont den Entwurf des Forstwirtschaftsplanes für das Jahr 2023 vor und erläutern diesen im Detail.

Danach werden Erträge in Höhe von 267.686 € und Aufwendungen in Höhe von 188.722 € erwartet, sodass für 2023 das voraussichtliche Ergebnis mit einem Jahresüberschuss von 78.964 € kalkuliert ist und damit eine im Vergleich zum Vorjahr, das mit einem zu erwartenden Überschuss von 33.339 € geplant war, wesentliche Verbesserung der Situation im Forstetat erwartet werden kann.

Beschluss:

Nach ausführlicher Beratung beschließt der Ortsgemeinderat Ormont den Forstwirtschaftsplan für das Jahr 2023 in der Fassung des vorgelegten Entwurfs.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja: 9

TOP 4: Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge - Beschluss der Ausbaubeitragssatzung Vorlage: 2-3656/22/28-202

Sachverhalt:

1. Grundsätzliche Informationen

Die Ortsgemeinde Ormont erhebt derzeit noch Straßenausbaubeiträge im System der einmaligen Ausbaubeiträge. Bei diesem Abrechnungssystem werden nur die an den auszubauenden Verkehrsanlagen liegenden und von dieser Verkehrsanlage erschlossenen beitragspflichtigen Grundstücke zu Ausbaubeiträgen herangezogen.

Das Land Rheinland-Pfalz hat mit Gesetz vom 05. Mai 2020 die flächendeckende Einführung des wiederkehrenden Straßenausbaubeitrags beschlossen. Daraus folgt, dass die Kommunen, die derzeit noch einmalige Straßenausbaubeiträge erheben –

nach Ablauf der Übergangsfrist am 31.12.2023 oder in Ausnahmefällen nach Abrechnung der letzten bis zum 31. Dezember 2023 begonnenen Straßenausbaumaßnahme- die Beitragserhebung auf wiederkehrende Straßenausbaubeiträge umstellen müssen. Dies trifft auf die Ortsgemeinde Ormont zu. Mit Beschluss vom 15.07.2021 hat der Ortsgemeinderat Ormont sich einstimmig dafür ausgesprochen, das Abrechnungssystem für Straßenausbaubeiträge in Ormont zum nächstmöglichen Termin auf den wiederkehrenden Beitrag für Verkehrsanlagen umzustellen.

Als Grundlage für die Erhebung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge ist gemäß § 2 Abs. 1 KAG eine Satzung zur Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen für den Ausbau von Verkehrsanlagen (Ausbaubeitragssatzung wiederkehrende Beiträge) (**ABS**) erforderlich. Über die Ausbaubeitragssatzung wiederkehrende Beiträge ist dementsprechend durch den Ortsgemeinderat ein Beschluss zu fassen.

In der Ausbaubeitragssatzung wiederkehrende Beiträge werden die Rechtsgrundlagen für die späteren Beitragsveranlagungen festgelegt wie Beitragsschuldner, den Tatbestand der die Beitragspflicht der Grundstücke begründet, der Beitragsmaßstab und der Fälligkeitszeitpunkt der Beitragsforderungen.

Darüber hinaus werden mit dieser Satzung einheitliche öffentliche Einrichtungen (Ermittlungsgebiete) festgelegt.

2. Entscheidung der Ortsgemeinde aufgrund örtlicher Gegebenheiten

Der Ortsgemeinderat kann folgende Entscheidungen auf Grundlage der örtlichen Gegebenheiten treffen:

- I. Gemeindeanteil: Höhe anhand Verhältnis Anlieger- und Durchgangsverkehr, wobei beim Durchgangsverkehr nur der Verkehr zählt, der die Abrechnungseinheit durchquert und dafür Gemeindestraßen nutzt. Laut § 10a Abs. 3 KAG mind. 20 %.
- II. Höhe des Vollgeschosszuschlages
- III. Fläche Tiefenbegrenzung und Tiefenbegrenzung bei Bebauung in zweiter Reihe (dies soll den örtlich üblichen Verhältnissen entsprechend geregelt sein)
- IV. Teilungsfaktor für Trauf- und Firsthöhe im Rahmen der Vollgeschossermittlung
- V. Beitragsschuldner: Entweder wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides Eigentümer oder dinglich Nutzungsberechtigter ist ODER wer im Zeitpunkt der Entstehung der sachlichen Beitragspflicht Eigentümer oder dinglich Nutzungsberechtigter ist

- VI. Verschonung: Zeitraum (= Dauer der Verschonung) und Möglichkeit (1. Straßengenaue Benennung mit Befreiungsdauer, 2. Pauschal nach Höhe Beiträge/ m² ODER 3. Pauschal nach Jahren in Bezug zum Ausbaumfang)

VII.

3. Besondere Informationen hinsichtlich der Einführung des wiederkehrenden Beitrages in Ormont

Ermittlungsgebiete, § 3 ABS

Gemäß § 10a Abs. 1 Satz 3 KAG werden von den Gemeinden durch Satzung einheitliche öffentliche Einrichtungen festgelegt, die durch das Zusammenfassen mehrerer, in einem abgrenzbaren und räumlich zusammenhängenden Gebietsteil liegender Verkehrsanlagen des Gemeindegebietes gebildet werden.

Die insoweit inhaltlich geforderte Abgrenzbarkeit ist in erster Linie räumlich-tatsächlich zu verstehen. Jede verselbständigte Einheit muss sich nach ihrem tatsächlichen Erscheinungsbild von dem übrigen Gemeindegebiet mit hinreichender Deutlichkeit abgrenzen lassen.

Der als Anlage beigefügte Satzungsentwurf der Verwaltung sieht für Ormont zwei Ermittlungsgebiete vor: Hauptort Ormont und Ortsteil Neuenstein. Plan und Begründung hierzu bilden die Anlagen 1 und 2 zur Satzung.

Gemeindeanteil, § 5 ABS

Der Gemeindeanteil muss gemäß § 10a Abs. 3 KAG dem Verkehrsaufkommen entsprechen, das nicht den Beitragsschuldnern zuzurechnen ist- entspricht also dem Durchgangsverkehr im jeweiligen Ermittlungsgebiet- und beträgt mindestens 20 %.

Der als Anlage beigefügte Satzungsentwurf der Verwaltung sieht für beide Ermittlungsgebiete einen Gemeindeanteil von 35 % vor.

Im Rahmen der Anliegerversammlung im Bürgerhaus in Ormont am 25.10.2022 zum Thema Einführung wiederkehrende Beiträge wurde dieser Gemeindeanteil nach Äußerungen aus dem Ortsgemeinderat als dem örtlichen Verhältnis von Anlieger- und Durchgangsverkehr in Ormont entsprechend gewertet.

Demnach besteht in Ormont erhöhter Durchgangsverkehr in den Ermittlungsgebieten durch landwirtschaftliche Fahrzeuge, die den Hauptort bzw. den Ortsteil Neuenstein über Gemeindestraßen durchfahren, um außerhalb der Ermittlungsgebiete ihre landwirtschaftlichen Grundstücke zu bewirtschaften. Auch der Zulieferverkehr zu landwirtschaftlichen Höfen in Ormont nahegelegenen anderen Gemeinden durchfährt die Ermittlungsgebiete.

Außerhalb des Ermittlungsgebietes Hauptort Ormont liegen zudem zwei Gewerbebetriebe und der Sportplatz, die über die Waldstraße angefahren werden.

Dies soll über die Höhe des Gemeindeanteils Berücksichtigung finden, auch wenn, insgesamt betrachtet noch überwiegender Anliegerverkehr in den Ermittlungsgebieten besteht.

Übergangs- und Verschonungsregelung, § 13 ABS

§ 10a Abs. 6 KAG lässt in den Fällen, in denen Erschließungsbeiträge, einmalige Ausbaubeiträge oder Ausgleichsbeträge nach dem Baugesetzbuch oder Erschließungskosten aufgrund von Verträgen zu leisten sind, eine Überleitungsregelung zu, durch die die betroffenen Grundstücke für einen Zeitraum von höchstens 20 Jahren vom wiederkehrenden Beitrag befreit sind. Die Überleitungsregelung soll die Eigentümer der betroffenen Grundstücke für den bestimmten Zeitraum finanziell entlasten und eine unverhältnismäßige Doppelbelastung vermeiden. Bei der Bestimmung des Befreiungszeitraums sollen die übliche Nutzungsdauer der Verkehrsanlagen und der Umfang der einmaligen Belastung berücksichtigt werden.

Zu bedenken ist darüber hinaus, dass die Beitragsbelastung, die normalerweise auf die befreiten Grundstücke entfallen würde, von den Eigentümern der beitragspflichtigen Grundstücke mitzutragen ist. Daher dürfen auch nicht mehr als 50% der beitragspflichtigen Grundstücke verschont werden. Die Aufnahme einer Verschonungsregelung empfiehlt sich um eine unzulässige Umverteilung von Ausbaulasten zu vermeiden. Der als Anlage beigefügte Satzungsentwurf der Verwaltung sieht auf Vorschlag der Ortsgemeinde eine pauschale Beitragsbefreiung bis zu 15 Jahren gestaffelt nach Höhe der Beiträge/ m² vor.

In-Kraft-Treten, § 15 ABS

Die Ausbaubeitragssatzung wiederkehrende Beiträge soll zum 01.01.2023 in Kraft treten.

Die erste Ausbaumaßnahme, die in Ormont über die wiederkehrenden Straßenausbaubeiträge abgerechnet werden soll, ist der Ausbau der L 20 (Kyllstraße/Ulmenstraße/ Schneifelstraße). Da es sich um eine Landesstraße und damit eine sog. klassifizierte Straße handelt, werden die Kosten der Fahrbahn hierbei nicht über die wiederkehrenden Beiträge umgelegt, sondern nur die Kosten der Teileinrichtungen, die in der Baulast der Ortsgemeinde stehen wie der Gehweg.

Beschluss:

Der Ortsgemeinderat Ormont beschließt die Satzung der Ortsgemeinde Ormont zur Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen für den Ausbau von Verkehrsanlagen (Ausbaubeitragssatzung wiederkehrende Beiträge) entsprechend dem von der Verwaltung erarbeiteten, beiliegenden Satzungsentwurf.

Die Satzung tritt ab dem 01.01.2023 in Kraft.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja: 9

TOP 5: Informationen des Ortsbürgermeisters

Sachverhalt:

Ortsbürgermeister Andreas Maus informiert den Ortsgemeinderat über den aktuellen Stand von baulichen Maßnahmen.

TOP 6: Anfragen / Verschiedenes

Sachverhalt:

Ein Ratsmitglied fragt an, warum am Ortsrand Richtung Neuenstein aktuell Schürfungen gemacht werden. Der Ortsbürgermeister erteilt dem Ortsgemeinderat Auskunft über die hier notwendigen Arbeiten.

Für die Richtigkeit:

.....
Andreas Maus
(Vorsitzender)

.....
Johannes Dahm
(Protokollführer)